

Jürgen Oelkers

Herausforderungen für die öffentliche Bildung ^{)}*

Mit dem Wort „Herausforderung“ sollte man vorsichtig sein. Wenn man niemanden zum Zweikampf fordern kann und auch nicht sich selbst als Herausforderung hinstellt, also den Trump macht, dann bleiben nur Aufgaben, die irgendwie dringlich erscheinen, aber was wären die in einem System, das immer als besonders träge bezeichnet wird? Und wird damit nicht gerade das Vorrecht der Schule bezeichnet?

Ich gestehe, dass ich mir das bei der Formulierung des Themas nicht überlegt habe, aber dabei ist man bekanntlich eben plakativ wie leichtsinnig. Deshalb beginne ich am besten mit den Fakten und gehe dann auf die Herausforderungen ein. Donald Trump kommt im Vortrag vor, aber nur im Sinne der medialen Niveauschrumpfung. Von dort geht es dann zur Bildung und was sie neben Trump noch alles bedroht.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich über erwartbare Herausforderungen der öffentlichen Bildung *nicht* sprechen werde: Aufwertung der Privatschulen, Belastungsfolgen staatlicher Reformen, den Pakt der Kinder mit dem Smartphone, mediales Interesse für Homeschooling in der Schweiz, den Run auf das Gymnasium, die Klagelust der Eltern oder die Mutmassungen über sinkende Schulleistungen. Das sind lösbare Probleme.

Mein Thema ist politisch, es geht um den Zusammenhang von Bildung, Demokratie und Öffentlichkeit.

- Die Frage lautet, ob sich die öffentliche Bildung noch länger auf die Öffentlichkeit beziehen kann, auf die sie hin entworfen worden ist.
- Dabei geht es um den Wandel der Politik im Zeitalter der Digitalisierung und so um die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der öffentlichen Auseinandersetzung.
- Ihre Bildung war und ist Sache der schulischen Allgemeinbildung.

Aber wenn es das so ist, dann muss man fragen, wieso Donald Trump überhaupt amerikanischer Präsident werden konnte. Er ist kein Tor und auch kein Idiot, sondern ein ungebildeter Narziss. Das ist ziemlich heikel für meine Botschaft eines Zusammenhangs zwischen Öffentlichkeit und Bildung, weil es einen grösseren Kontrast als den zwischen Bildung und Trump kaum geben dürfte.

Aber Trump wirkt so nicht bei seinen Anhängern und damit stellt sich die Frage, welche Rolle die gebildete mediale Öffentlichkeit noch hat, wenn sie durch Kommunikation mit Twitter-Botschaften und ständigen Wahlkampf ersetzt werden kann. Diese Frage treibt

^{*)} Vortrag auf der Tagung „Wem ‚gehört‘ die Schule?“ am 1. September in der Pädagogischen Hochschule Thurgau.

den Vortrag an, sie ist nicht rhetorisch gemeint und lässt sich auch nicht herunterspielen. Wir sind Zeugen eines autoritaristischen Grossversuchs im Lande von John Dewey.

Meine Fakten sind anders als Trumps Tweeds keine Fakes und meine Botschaft ist, dass die öffentliche Bildung trotz Trump die Herausforderungen übersteht, wenn sie sich auf sich selbst besinnt, sich weiterentwickelt und doch auf ihrem historischen Boden verbleibt. Dabei gilt es auch, bestimmten Schalmeienklängen der Digitalisierung oder der freien Schulwahl zu widerstehen und die eigenen Chancen richtig einzuschätzen.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in den westlichen Ländern allmählich eine qualifizierte Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Bildung sollte gewährleisten, dass die Staatsbürger sich an den politischen Geschäften beteiligen und ihre Anliegen öffentlich zum Ausdruck bringen können. Das galt spät für beide Geschlechter und diese wie jede Egalität musste schwer erkämpft werden.

- In diesem Sinne diene - und dient - die öffentliche Bildung der Öffentlichkeit und genauer gesagt der *politischen* Öffentlichkeit oder dem reflexiven Zusammenleben in der Gesellschaft.
- Partizipation und Verstehen politischer Vorgänge sind nicht möglich ohne ein Grundmass an Bildung für alle, und diese Einsicht gilt auch dann, wenn sich nicht jeder politisch engagiert.

Für diesen Zweck wurde ein Schulsystem aufgebaut, das es vor der Aufklärung nicht gab und das nur mit dem Schulmonopol des Staates herausgebildet werden konnte. Die Nationalstaaten wurden für die Volksbildung zuständig, nämlich

- erliessen Schulgesetze,
- entwickelten dazu passende Lehrpläne,
- bauten eigene Verwaltungen auf,
- übernahmen auch weitgehend die Finanzierung der Schulen
- und drängten damit, wenngleich in unterschiedlichen Ausmass, die Privatschulen zurück.¹

Aber das ist eher nur ein Nebeneffekt, der zudem wegen der kirchlichen Erziehungsansprüche lange sehr umstritten war und auch immer wieder neu Kritiker findet, die nach Alternativen suchen und die Ursachen des Übels gerade im staatlichen Monopol sehen. Das eint sehr unterschiedliche Positionen von Milton Friedman über Max Stirner bis Alexander Neill, die gemeinsam die Frage stellen, wem die Schule „gehört“. Das Tagungsthema hat es also in sich.

Dabei wird der historische Ertrag meist übersehen. In der Hauptsache nämlich entstand ein System, das Bildung für alle aufwerten und die Qualität langfristig kontrollieren konnte, dabei international ähnliche Verfahren und Normen ausbildete und langsam auch auf Fremdfinanzierung verzichtete. Noch im 20. Jahrhundert wurde für die weiterführenden Schulen Schulgeld erhoben und bestand keine Lehrmittelfreiheit. Eine komplett freie und unentgeltliche Verschulung für alle Stufen ist in Deutschland keine sechzig Jahre alt.²

¹ Geiss 2014, Aubry 2015.

² Auch in den Anfängen der DDR wurde für den Besuch der Oberschule Schulgeld erhoben. Nur Berlin war befreit von Schulgeldabgaben.

Die Begründungen der Aufklärung (Israel 2013) scheinen unverändert gültig zu sein. Die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit setzt eine gemeinsame Sprache voraus und verlangt zur rationalen Verständigung ein möglichst hohes Minimum an Bildung für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist keine bestimmte Kultur oder Herkunft massgebend, sondern nur die Kultur der demokratischen Öffentlichkeit selbst, also etwa

- das Prinzip der freien Meinungsäusserung innerhalb und ausserhalb von Parlamenten,
- das transparente Aushandeln der Interessen,
- die diskursive Vorbereitung von Entscheidungen
- und die Anerkennung der jeweiligen Mehrheiten.

Die politische Grundeinheit für Wahlen und Entscheidungen in der Demokratie ist das Volk. „Volk“ ist nicht völkisch zu verstehen, sondern als Korpus der Wahlberechtigten unabhängig von Rasse, Geschlecht oder Ethnie. Diese abstrakte Form eines Volkes von Stimmbürgern ist die grosse Errungenschaft der modernen Demokratie. Notwendig ist der Pass und nicht die Abstammung. Aber immer wird Bildung vorausgesetzt, anders wären ein anspruchsvoller Diskurs und engagierter Austausch in der Öffentlichkeit nicht möglich.

Ziel und Referenzgrösse der politischen Öffentlichkeit ist der souveräne Bürger, der für sich entscheidet, wen er wählt und wen nicht. Bildung und politisches Wissen stehen in einem Zusammenhang (Somini 2016, S. 198), aber was geschieht, wenn die Politik das Medium der Öffentlichkeit völlig anders nutzt, als die Gründungsentwürfe dies vorgesehen haben? Die neuen Medien haben neue politische Möglichkeiten der Beeinflussung freigesetzt, die den Gehalt der öffentlichen Auseinandersetzungen verändern und den souveränen Bürger ignorieren können.

Zum Verstehen der politischen Geschäfte ist die Allgemeinbildung der Bürger gefordert, deren Grundlagen die öffentliche Schule besorgen soll. Andererseits haben politische Diskussionen Qualitätsbedingungen, so dass auch danach gefragt werden kann, wie sich die Öffentlichkeit *selbst* bildet, also

- wer die Themen setzt,
- wem die Meinungsführerschaft in einer Frage zukommt,
- wer als moralische Instanz angesehen wird,
- woher die massgebenden Ideen stammen,
- wodurch sich der Diskurs verändert
- und wer oder was die Niveaus der Auseinandersetzung bestimmt.

Öffentlichkeit in diesem Sinne wäre das Medium für den reflexiven Austausch und damit zusammenhängend auch für die Formung von Argumenten (Habermas 1962). Heute wird sichtbar, dass diese Öffentlichkeit die der *traditionellen Medien* ist, also aus Kommunikation in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen besteht, die intellektuelle Ansprüche vertreten und von ihren Lesern auch so erwartet werden. Es ist nicht die Öffentlichkeit des Boulevards und der politischen Basare, aber auch nicht die der sozialen Medien, sondern die der gehaltvollen Auseinandersetzung, in der bei allem Streit Klärung und letztlich auch Verständigung angestrebt werden.

Vorausgesetzt sind unabhängige Medien und zivile Formen der Disputation, die nicht ungestraft verletzt werden dürfen. Aber genau das scheint sich wandeln, wenn andere als die klassischen Medien die Themen vorgeben, die Kommentare bestimmen und so für die

Meinungsbildung sorgen. Die New York Times hatte im Februar 2017 eine tägliche Auflage von 571.500 gedruckten Exemplaren,³ 1995 waren es noch mehr als doppelt so viel. Präsident Donald Trump hatte im August 2017 36,6 Millionen „followers“ auf seinem Twitter-Account.⁴ Das sind doppelt so viele wie am Ende der Wahlkampagne.

Die Darstellung der Politik in der Öffentlichkeit ist darauf angewiesen, die Aufmerksamkeit des Publikums zu gewinnen, unter der Bedingung von knappen Zeiten und endlichen Ressourcen. Aber das darf nicht zum Kern und einzigen Anliegen der politischen Auseinandersetzungen werden, in denen es dann nur noch darum geht, um jeden Preis und mit allen Mitteln mediale Publizität zu erlangen und damit Wähler zu beeinflussen. Die Grenze sollte der politische Anstand definieren, der den Gegner respektiert und die Sprache zügelt.

Die kritische Frage ist, warum ehrverletzende und vulgäre Strategien trotzdem erfolgreich sein können, und dies offenbar zunehmend. Vulgäre Äusserungen über Politik und Politiker gab es schon immer, nur wurden sie nicht öffentlich oder konnten erfolgreich sanktioniert werden. Diese Grenze von Takt und Schonung gibt es in und mit den neuen Medien nicht mehr, sie erlauben jede Form von Politisierung ohne irgendeine Beschränkung der Rede und der Beteiligung.

Auch deswegen kann von einem Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit gesprochen werden, die ihren besonderen Charakter einer Sphäre des leidenschaftlichen Austausches über existentielle Fragen von Regierung, Politik und Gesellschaft zu verlieren droht. Öffentlichkeit wird trivial, wenn nur noch Skandale oder Tabubrüche unmittelbar Aufmerksamkeit garantieren und seriöse Argumente keinen Platz mehr haben oder zu haben scheinen.

Es macht nichts, wenn die politische Agenda inhaltlich leer bleibt. Sie kann aus Schlagworten und unerfüllbaren Versprechungen bestehen, solange damit nur Provokationen verbunden sind, die Begeisterung oder Entsetzen wecken können, obwohl sie mit der Realität nicht viel zu tun haben. Die Beeinflussung der Öffentlichkeit hat sich davon gelöst und dient auf paradoxe Weise nur noch den *public relations*, wobei Kurzbotschaften verbunden mit Macht den medialen Diskurs bestimmen können.

Der Wandel ist nicht einfach mit mangelnder Bildung der Bürger zu erklären, sondern muss vor dem Hintergrund der Wählermobilisierung und Instrumentierung der Medien verstanden werden.

- Es geht um die Praxis heutiger Wahlkampagnen, die de facto während der ganzen Legislaturperiode andauern können.
- Sie arbeiten mit Suggestionen, Wahrheitsimitaten und Ressentiments, ohne dadurch Nachteile zu erleiden.
- Erfolg oder Misserfolg werden demoskopisch gemessen und auf täglichen Ratings abgebildet.
- Die moralische Zulässigkeit der Strategien ist keine unabhängige Grösse, sondern Teil der Messung.

³ Die Sonntagsausgabe umfasste zum gleichen Zeitpunkt 1,087 Millionen Exemplare. Die digitale Ausgabe hatte im Frühjahr 2017 2,2 Millionen Abonnenten. Die einzige amerikanische Tageszeitung mit stabiler gedruckter Auflage ist das Wall Street Journal.

⁴ <https://twitter.com/realdonaldtrump>

Politische Botschaften verwenden traditionell emotionale Slogans, die für unmittelbare Zustimmung sorgen sollen und sich durch Wiederholung festsetzen.⁵ Auch wer sie bekämpft, folgt ihnen. Der Mechanismus ist aus der Produktwerbung bekannt und wird seit langem auch in Wahlkämpfen genutzt. Neu ist die Art und Weise, wie die sozialen Medien für politische Kampagnen eingesetzt werden, die deren Nutzer direkt ansprechen und mit ihnen scheinbar intim kommunizieren können.

Dabei spielt die Unterscheidung von Zielgruppen eine wichtige Rolle, ebenso die Statistik des Wählerverhaltens und damit zusammenhängend der Einsatz der Ressourcen sowie die Themenführung in den Medien. Nicht die mündigen Bürger, also der Souverän, sollen angesprochen werden, sondern ihre Psychogramme, die sich aus Verhalten, Vorlieben, politischen Optionen und statistischen Daten zu Herkunft, Wohnort oder Bildungsgrad zusammensetzen.

Diese Strategie ist in kurzer Zeit weit fortgeschritten, wie vor allem der amerikanische Wahlkampf 2016 gezeigt hat. Politische Botschaften können nunmehr auf Persönlichkeitsprofile hin abgestimmt werden und der politische Raum kann danach unterschieden werden, wo sich der Einsatz lohnt und wo nicht. Offenbar können auch Hacker-Angriffe mit gezielten Indiskretionen Wahlen beeinflussen. Neu ist der Einsatz von fiktiver Meinungsbildung durch *social bots*, also Software-Algorithmen, die in sozialen Medien auf Äußerungen hin automatische Antworten kreieren und damit Meinungen und Umfragen beeinflussen.⁶

Ein zentrales Interesse der Kampagnen geht dahin, die immer neuen und schnell wechselnden „breaking news“ zu erreichen. Oft genügen dazu radikale Meinungen von Prominenten, die auch dann Aufmerksamkeit erregen, wenn sie gleich wieder abgeschwächt werden. Auf der anderen Seite ist der Aufwand nutzlos, wenn es nicht gelingt, das Bild des Kandidaten und seine Botschaften stabil zu halten.

Denn nicht allein die Kampagne ist entscheidend für die Wahl etwa eines amerikanischen Präsidenten, sondern die Person des Kandidaten und der Grad der Übereinstimmung seiner politischen Agenda mit der persönlichen und speziell der ökonomischen Lage der Wähler (Sides/Vavreck 2013). „Agenda“ bezieht sich auf die Ankündigungen vor der Wahl. Wer wirtschaftlich abgehängt ist und zur Wahl geht, folgt keinem Kandidaten, der die Welt der Wähler schön redet oder Enttäuschungen über eine bestimmte Politik nicht wahrhaben will.

Wenn die Mobilisierung von Wut nicht ins Leere laufen soll, dann muss sie eine politische Stimme erhalten, die sich oft ein charismatischer Retter anmasst, der Wut mit einem Heilsversprechen zu kanalisieren versucht. Wut lässt sich nur politisieren, wenn Aussicht auf Besserung vermittelt wird, ansonsten geht Wut mit Apathie einher und bleibt stumm. „Besserung“ ist nicht mit Heil verbunden, weil immer auch das Gegenteil von dem eintreten kann, was erwartet wird; doch die Bestärkung von Heilserwartungen ist das Ziel vieler Kampagnen.

⁵ „Make America great again“ war Teil der Rede von Ronald Reagan am 17. Juli 1980 vor der Delegiertenversammlung der Republikanischen Partei. <https://www.c-span.org/video/?4055-1/1980-presidential-acceptance-speech>

⁶ Im Umfeld der zweiten Fernsehdebatte zwischen Hillary Clinton und Donald Trump am 9. Oktober 2016 in St. Louis sind vom Oxford Internet Institute neun Millionen Tweets ausgewertet worden. Social Bots machten ein halbes Prozent der Benutzer aus und produzierten fast ein Viertel aller Meldungen (Neue Zürcher Zeitung Nr. 261 vom 8. November 2016, S. 11).

Wer dieses Spiel perfekt beherrscht, ist Donald Trump, der erste Twitter-Präsident der Geschichte. Er setzt in den Medien die Themen und bestimmt die Schlagzeilen mit gezielten Provokationen, weil er weiss, dass alle Medien auf Ungeheuerlichkeiten reagieren müssen und sich niemand zurückhalten wird. Trump legt sich nicht einfach mit den Medien an, er nutzt sie, indem er ihre Wahrheiten in Frage stellt und sich selbst als einsamen Kritiker eines Medienkartells inszeniert.

Die tägliche Aufregung ist Tarnung, dahinter wird die politische Agenda durchgesetzt, Abbau ökologischer Standards, die Re-Konfessionalisierung der Schulen, die Re-Industrialisierung des Mittleren Westens oder die Zurücknahme von Rechten der Minderheiten. Selbst die Beschränkung des Wahlrechts für bestimmte Gruppen steht auf der republikanischen Agenda. Begleitet wird das von Diskursen, die die Schuld bei den linken Themen suchen und Trump oder wenigstens seinen Wählern recht geben, auch wenn sie ihn politisch bekämpfen.

Argumente, die öffentlich ausgetauscht werden und überzeugen oder nicht überzeugen, kommen dabei zu kurz, auch weil die grossen Lager verlernt haben, miteinander zu reden. Feinde bekämpfen sich, Skandale binden die Aufmerksamkeit und jeder Verdacht treibt die Kampagne öffentlich voran. Damit verbunden sind oft kraftvolle Selbstdarstellungen oder das mediale Spiel mit dem Authentischen einer Lichtgestalt. Doch mit purem Eindrucksmanagement, so wirksam es kurzfristig auch sein mag, ist nie eine Problemlösung verbunden, schon gar nicht eine irgendwie nachhaltige.

Daran aber wird Politik gemessen, die Bürger können Ankündigung und Ertrag vergleichen und dann ihre Schlüsse ziehen, zumal bei richtungsweisenden Wahlen. Daraus würde folgen, dass die Wähler in ihren Anliegen ernst genommen und kognitiv respektiert werden müssten. Sie können ihre persönliche Lage besser als jeder andere einschätzen und dürfen nicht überrumpelt oder gar für dumm erklärt werden.

- Wähler sind Bürger und so nicht einfach Opfer,
- aber auch nicht passiv Duldende oder in die Irre Geleitete.
- Bürger haben Anliegen und vertreten Interessen,
- sie haben die Wahl und müssen entscheiden,
- im Idealfall so, dass sie abwägen und sich rational verhalten können.

Doch genau das scheinen heutige politische Kampagnen gerade ausschalten zu wollen, in denen Öffentlichkeit gänzlich anders eingeschätzt wird als in der liberalen Theorie der Politik, die vom mündigen Bürger ausgeht und auf eine deliberative Auseinandersetzung setzt, die fair ausgetragen wird und am Ende eine Lösung kennt, mit der Minderheit und Mehrheit leben können.

Die Realität der politischen Auseinandersetzungen hat stets mit Geben und Nehmen zu tun, also mit Deals und ihrem Zustandekommen, Skrupel sind eher hinderlich und verlangt wird strikte Parteilichkeit. Es geht gerade nicht um Anerkennung und Verständnis für den politischen Gegner, sondern um den grössten eigenen Vorteil, der nicht so genannt werden darf und mit moralischen Formeln bemäntelt werden muss. Jeder Kandidat will und muss in der Öffentlichkeit im besten Licht dastehen.⁷

⁷ Donald Trump hat das in *The Art of the Deal* schon 1987 dargestellt.

Aber genau deswegen hat die politische Öffentlichkeit ihre Wächterfunktion. Sie kann davon ausgehen, dass gelogen und betrogen wird (Mearsheimer 2011), also muss zusammen mit den Bürgern stets auf der Hut sein. Wahrhaftigkeit ist für Politiker ein knappes Gut und wer nachweislich lügt oder korrupt ist, gerät unter den Druck der Öffentlichkeit und muss dann häufig auch gehen. Insofern kann sich Trump im Blick auf die Dauer seiner Präsidentschaft auch verrechnet haben und es könnte sein, dass der Sonderermittler Robert Mueller darüber entscheiden wird.

Aber gibt es wirklich den beliebig manipulierbaren Bürger, der unkritisch und ohne eigenes Urteil politischen Werbebotschaften folgt? Die *Entpolitisierung* der Öffentlichkeit war eine grosse Fragestellung der deutschen Studentenbewegung im Anschluss an Habermas, aber kaum mehr als eine Fiktion, denn jedes Ereignis kann zum politischen Thema werden, jedes Thema kann Wähler mobilisieren und kritisches Denken auslösen, ohne dessen Richtung bestimmen zu können. Demokratische Wahlen machen ja nur Sinn, wenn das Ergebnis nicht vorher feststeht und nachher nicht von einem angeblich höheren Standpunkt aus bestritten wird.

Das Ergebnis muss bindend sein, damit keine „post-democracy“ entsteht (Crouch 2004), also eine lediglich formale Partizipation der Bürger, die ohne wirklichen Einfluss bleibt und dann auch nicht den Respekt der Macht findet. Leerlaufende politische Verfahren, die von der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind, beeinflussen nur sich selbst, während Demokratie Folgen für die Gesellschaft haben muss, wenn sie glaubwürdig bleiben will.

Demokratie basiert auf dem souveränen Urteil ihrer Bürger. Jede Kampagne versucht das Urteil zu ihren Gunsten zu beeinflussen, aber die Bürger haben verschiedene Optionen und werden ihre Stimme gezielt einsetzen. Die dabei massgebenden Erfahrungswerte sind naturgemäss sehr unterschiedlich, auch können neue politische Bewegungen entstehen, die mit den bisherigen Prioritäten brechen wollen, in jedem Fall setzten demokratische Wahlen voraus, dass die Kandidaten ebenso wie die sachlichen Alternativen richtig eingeschätzt und notfalls auch durchschaut werden können. Das eigene Urteil muss im Grenzfall auch mit den ansonsten massgebenden Bezugsgruppen brechen können.⁸

- Kein Bürger handelt im politischen Raum einfach für sich allein, sondern muss sich mit anderen abstimmen und kann sich dabei auch organisieren.
- Politische Meinungen setzen soziale Milieus voraus, mit denen sie abgestützt und bestätigt werden,
- wobei oft Gefühle wie Hoffnung oder Angst eine konstitutive Rolle spielen, je nachdem,
- ob sich Gruppen von der Gesellschaft angenommen oder - wie die Anhänger der amerikanischen Tea Party Bewegung - abgehängt fühlen (Russell Hochschild 2016).

Damit stellen sich Fragen, wie das Zusammenleben politisch organisiert werden soll, wenn sich soziale Gruppen abschotten, nur noch die Medien benutzen, die sie bestätigen, und darauf jederzeit und unmittelbar Zugriff haben. Die klassische politische Öffentlichkeit wäre damit ausgehebelt, die Lebensform der Demokratie setzt Meinungsfreiheit voraus, aber

⁸ Das begrenzt eine „Gruppentheorie“ der Demokratie, die nur auf Gruppenzugehörigkeit setzt (Achen/Bartels 2016).

zugleich auch Verständnis für die Anderen und nicht die Anmassung, eine bestimmte Gruppe - die eigene - sei das „wahre“ Volk“.

Nur Interaktion und Austausch zwischen verschiedenen Gruppen konstituiert eine demokratische Lebensform. Das hat John Dewey (1916/1985) richtig gesehen, auch wenn er sowohl die Regierungsform der Demokratie als auch den politischen Kampf um die Macht unterschätzt haben mag. Ruchlosigkeit ist für ihn kein Thema gewesen. Auf der anderen Seite, wenn Parteien oder Gruppen sich nur bekämpfen, erodiert das Gemeinsame, wird Wahlkampf zur Dauererscheinung und geraten Kompromisse zu Grenzwerten.

- Eine Beschränkung des Wahlrechts gemäss Wissensstand und Bildungsgrad, also der Ausschluss derer, die als uninformiert gelten,
- wie das der Philosoph Jason Brennan in *Against Democracy* vorschlägt (Brennan 2016), ist keine Lösung, auch wenn Ignoranz mit Urteilsbeschränkung einhergeht.
- Aber jeder Bürger kann frei entscheiden und wenn politisches Wissen ein Ausschlusskriterium wäre, dann würde das in einem Philosophenstaat enden.
- Wer wählt, braucht keinen Wissenspass und schon gar keine Instanz, die das feststellen würde.

Im Sinne des amerikanischen Politologen Sheldon Wolin bezieht sich „Demokratie“ auf die politische Erfahrung freier Bürger, die bei allen Entscheidungen, die sie treffen, niemanden über sich haben und notfalls auch rebellieren können.⁹ Politische Urteile haben nicht zwingend etwas mit dem aristotelischen Mass zu tun, also können auch die Extreme gewählt werden, wenn sie verlockend erscheinen oder dem eigenen Interesse dienen.

Das Urteil der Bürger ist frei in der Wahl der Lösungen, auch dann, wenn Wut das Motiv ist, zur Wahl zu gehen. Allerdings beziehen sich die Urteile im Regelfall auf Lösungen, die im Blick auf die Erwartungen vernünftig erscheinen und sich im Lichte der anschliessenden Erfahrungen auch korrigieren lassen. Genau aus diesem Grunde kann man das politische Personal abwählen.

Nochmals zum Ausgangspunkt: Der öffentlichen Bildung ist seit der amerikanischen Revolution zugetraut worden, mit der Verbreitung von Wissen die Urteilskraft der Bürger zu befördern, ohne die Freiheit der Entscheidung zu tangieren. Aber trägt diese Annahme noch? Haben wir für die Anforderungen der Demokratie eine tragfähige öffentliche Bildung und besser: behalten wir sie?

Trotz steigender Bildung fällt es immer leichter, Politik zu emotionalisieren, Wahlkämpfe auszudehnen und in der Öffentlichkeit manichäische Entscheidungslagen herbeizuführen oder Wut und Enttäuschung zum Ausdruck zu bringen, die sich nur noch schwer oder gar nicht zivilisieren lassen. Die Demokratie wird dann gegen sich selbst ausgespielt.

Bildung jedenfalls ist allein ist kein Garant für bessere Politik und offenbar auch nicht unbedingt für Mässigung, wie sich an Sprachkreuzzügen zeigen lässt, in denen missliebige Wörter unter Verdacht gestellt und gebrandmarkt werden, weil sie Akte der persönlichen Diskriminierung auslösen können und dann auch auslösen. Gerade liberale Universitäten

⁹ Demokratie ist „a mode of being“ und nicht einfach eine Regierungsform (Wolin 2016, S. 111).

haben sich darauf eingelassen oder aufgrund ihrer egalitären Überzeugungen auch einlassen müssen.

Merkwürdigerweise wird das Verfahren „politische Korrektheit“ genannt, während damit ein Dauerverdacht ermöglicht wird, dem kein Streben nach Korrektheit je nachkommen könnte. „Trigger warnings“, also vorausseilende Warnungen vor kontroversen Themen, Sachverhalten oder Äußerungen, verunmöglichen eine streitbare Öffentlichkeit und machen die persönliche Empfindlichkeit zum höchsten Wertmassstab. Aber das hat mit dem zu tun, was gefährdet scheint.

- „Öffentlichkeit“ ist immer auch eine Sprachregelung, mit der das Unzulässige vom Zulässigen unterschieden wird.
- Bürger, die sich zu Wort melden und ihrer Meinung Stimme geben, benutzen ihre Sprache und reagieren auf semantische Abweichungen oder Grenzverletzungen.
- In den neuen Medien geschieht das unter unerwarteten Umständen und mit neuartiger Meinungsmacht.
- Die Folgen, auch nicht-intendierte, werden dabei in Kauf genommen.

In und mit den neuen Medien sind neue Öffentlichkeiten entstanden, die sich nicht nur auf die Gestaltung des Alltags auswirken, sondern zunehmend auch das Zusammenleben bestimmen. „Freundschaften“ etwa haben eine mediale Form angenommen und übersteigen alle bisher gewohnten Zahlen, Freunde oder „followers“ kann man plötzlich hunderte, tausende oder noch mehr haben, mit denen sich keine persönliche Geschichte mehr verbindet und die auch nicht individuell sein müssen.

Facebook ist eine Öffentlichkeit, die darauf angelegt ist, das Private publik zu machen, ohne die bisherige Unterscheidung von „privat“ und „öffentlich“ beachten zu müssen. Gerade das Häusliche wird öffentlich und dies grenzenlos. Smartphones bestimmen das Verhalten im öffentlichen Raum inzwischen so weit, dass sogar schon präventive Erziehungsprogramme auf den Weg gebracht worden sind. Auch über Nutzungsverbote in der Schule wird nachgedacht.¹⁰ YouTube und Google beherrschen das kollektive Gedächtnis und prägen auch die Nachfrage nach Wissen.

Gemeinsam ist diesen Medien, dass sie sofort und ganz individuell genutzt werden können, ihre Lernwege sind leicht und weitgehend voraussetzungsfrei, also verlangen praktisch keine Qualifikation. Auch verfolgen sie keine Ziele, ausgenommen die Beeinflussung und Bindung des Nutzungsverhaltens. Was sie inhaltlich bieten, ist beliebig erneuerbar und kennt weder Wissenshierarchien noch Barrieren wie die soziale Herkunft oder mangelhaftes Vorwissen.

Weil buchstäblich jeder „Nutzer“ sein kann, ist eine Öffentlichkeit ohne Bürger entstanden, in der wohl Meinungen gebildet werden und die in diesem Sinne auch politisch ist, aber die weder Rechte noch Pflichten kennt, keine wichtigen von unwichtigen Themen unterscheiden muss, jede Äußerung von jedem annehmen kann und keine Niveauforderung stellen darf. Die Autorität im Internet ist die Klickzahl.

¹⁰ <http://www.ibtimes.co.uk/education-secretary-nicky-morgans-advisor-says-ban-smartphones-improve-gcse-results-1516598>

Bildung sollte sich traditionell auf die politische Öffentlichkeit der Bürgerinnen und Bürger beziehen. Die Neuen Medien haben dafür gesorgt, dass sich ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen hat, und zwar weitgehender, schneller und sehr viel anders als Jürgen Habermas oder Walter Lippmann dies beschrieben haben (Thierney 2013). Die bisherige politische Öffentlichkeit aus traditionellen Medien, Parteien und gewählten Institutionen hat direkte Konkurrenz erhalten, die nicht dadurch geringer wird, dass alle auch neue Medien benutzen.

- Die Frage ist, wie sich die Diskursmacht verteilt,
- welche Meinungen Beachtung finden,
- wem Glaubwürdigkeit zugesprochen wird
- und für wen die Gefahr besteht, nicht mehr beachtet zu werden.

Die drohende Irrelevanz ergibt sich aus einem Vertrauensverlust und dem Gefühl, nicht mehr angemessen repräsentiert zu werden. Die politische Öffentlichkeit lebt auch davon, dass in ihr stellvertretend agiert werden kann, ohne die Glaubwürdigkeit zu verlieren. Politiker können nicht einfach für sich sprechen, sondern müssen das Gemeinwohl vor Augen haben und ihre Wähler vertreten, ohne sich als politische Klasse zu verselbständigen. Aber gerade das Prinzip der Repräsentation scheint fragwürdig zu werden.

- Der Ersatz ist eine Öffentlichkeit, die jedem zugänglich ist und keine Eintrittsbedingungen kennt.
- Die Räume und Bedingungen der Meinungsäußerung und Meinungsbildung haben sich nicht nur erweitert, sondern fundamental verändert.
- Jeder kann sich beteiligen und jede Meinung wird registriert, ohne dass sie etwas anderes als sich selbst „repräsentiert“.

Formal wird auf einen Demokratisierungsgewinn verwiesen, denn jeder Nutzer kann sich in Netzwerken öffentlich äussern und jede Stimme kann erhoben werden, aber Anlass und Themen folgen medialen Konjunkturen, nur deswegen finden die Stimmen auch Beachtung. Meinungsbildung ist nicht gleichbedeutend mit dem Abwägen von verschiedenen Positionen, dafür fehlt in Hochgeschwindigkeitsmedien die Zeit, die auch durch ständiges Einblenden von Ratings strapaziert wird.

Mit dem Internet ist eine „Öffentlichkeit“ ohne raumzeitliche Anwesenheit und ohne Vergessen entstanden, die sich nicht mehr auf eine Geschichte und Literatur der politischen Argumente, sondern nur noch auf sich selbst bezieht. Partizipation im Netz setzt vielfach anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit ebenso in Verlegenheit wie das Prinzip der repräsentativen Wahl.

Zudem gibt es keine bestimmte Autorität mehr, die das Niveau der Auseinandersetzung vorgeben und kontrollieren könnte. Manche Blogs, vor allem solche, die die traditionellen Medien anbieten, kennen Massnahmen zur moralischen Zensur, aber nicht zur Bestimmung des intellektuellen Niveaus. Blogs sind weder Schulklassen noch Universitätsseminare, wo jede Meinungsäußerung und überhaupt jede Lernleistung sich kontrollierenden Niveaus gegenübersteht.

Anders im Internet: Jeder, der einen Zugang hat, kann mit jedem zu jeder Zeit kommunizieren, ohne die eigene Identität kenntlich machen zu müssen. Man ist nicht „Bürger“, sondern „User“ ohne Verantwortung für das, was man von sich gibt. Die

Meinungsfreiheit ist damit in einem buchstäblichen Sinne grenzenlos geworden, alles was sich äussern lässt, wird geäussert, und dies mit sinkenden Hemmschwellen und grösster, wengleich kurzfristiger und flüchtiger Aufmerksamkeit. So werden Bürger leicht zu „trolls“ (Donath 1998), also Netz-Aggressoren auf der Suche nach Feinden, mit allen Folgen für die neuen Öffentlichkeiten.¹¹

Allein die historisch beispiellose Beschleunigung des Lernens und der Wahrnehmung¹² bei schnell wechselnden Themen und scheinbar gefahrlosem Löschen verhindert eine Verantwortungskontinuität. Am Ende einer Diskussion steht keine bestimmte Überzeugung, auch weil es kein Ende mehr gibt. Es kann immer nur weitergehen. Mit einem Bonmot könnte man sagen: „To be is to be updated“.¹³

Angesichts solcher Tendenzen fragt sich, wie weit die Legitimation der öffentlichen Bildung noch reicht, auf welche Öffentlichkeit sie abzielt und was an deren Stelle treten könnte. Damit hängt auch die Frage zusammen, wie sich in Zukunft das soziale Zusammenleben entwickeln und so wie die gesellschaftliche Erziehung aussehen wird, wenn Individualisierung die Lebensgestaltung bestimmt und jedes öffentliche Gut strittig werden kann.

Schliesslich fragt sich, wem in einer demokratischen Gesellschaft Autorität zukommen soll und wem man unabhängig von der Politik vertrauen kann. Wenn man nur noch dem eigenen Lager vertraut, können Einstellungen durch Argumente nicht korrigiert, sondern lediglich bestärkt werden. Eine Auseinandersetzung unter Demokraten wäre dann sinnlos, weil man lediglich an einander vorbeireden und gar nur noch Hassbotschaften austauschen kann.¹⁴

Genau diesen Eindruck erwecken heute politische Kampagnen und andere themengesteuerte Auseinandersetzungen in den verschiedenen Varianten medialer Öffentlichkeit. Sie stellen den demokratischen Grundkonsens der gemeinsamen Achtung in Frage, sind nicht am Gemeinwohl interessiert und bilden kritikresistente Kommunikationsgemeinschaften neuer Art, die schnell entstehen und schnell auch wieder zerfallen können.

Wer anderer Meinung ist, kann auf seine Weise nicht auch recht haben, sondern wird ignoriert und beschimpft oder einfach ausgegrenzt. Die Auseinandersetzungen in einer polaren Welt suchen nicht den Ausgleich, sondern nur die Selbstbestätigung unabhängig davon, was die eigene Meinung ausmacht. Die Freiheit der Meinungsäusserung wäre dann nicht nur ohne Grenzen, sondern ohne jede Bedingung. Genau das lässt sich in den anonymen Öffentlichkeiten beobachten, die das Internet geschaffen hat.

Natürlich kann jeder Bürger das durchschauen, sich zurückhalten oder seine Wahl anders treffen. Aber dann fragt sich, warum politische Enthemmung überhaupt zustande kommt und was dabei die treibenden Kräfte sind. Die neuen Medien geben jedem die Gelegenheit, sich zu allem zu äussern und dabei spielen Hass, Rechthaberei und

¹¹ „Tyranny of the mob“ (Time Magazine August 20, 2016, S. 25-30).

¹² Vgl. die Studie von Wajcman (2015).

¹³ New York Review of Books Vol. LXIII, No. 11 (June 23 – July 13, 2016), S. 36. Siehe die Darstellung von Hui Kyong Cin (2016).

¹⁴ „Hate speech“ fällt in den Vereinigten Staaten unter freie Meinungsäusserung.

<https://www.washingtonpost.com/news/voikh-conspiracy/wp/2015/05/07/no-theres-no-hate-speech-exception-to-the-first-amendment/>

Weltverschwörung offenbar eine weit grössere Rolle als in den moralisch kontrollierten Öffentlichkeiten alter Art, in denen mit gut begründetem Widerspruch gerechnet werden musste, den man nicht einfach ignorieren kann.

In einem Raum ohne Regeln der Kritik kann niemand offensichtlichen Unsinn und Schlimmeres wie Rassismus oder religiöse Hetze mit Erfolg in die Schranken weisen, weil man als „User“ nicht zuhören muss oder leicht in andere Medien ausweichen kann, wo die Bestätigung durch Gleichgesinnte gesucht wird. Damit verfestigen sich Überzeugungen und werden für jeden Einwand unerreichbar.

- Die Aufgaben des Zusammenlebens können nicht mit abgeschotteten Gruppen bearbeitet werden, die sich nichts zu sagen haben und dann schnell einmal autoritäre Lösungen erwarten.
- Die demokratische Lebensform schliesst das aus und definiert sich über Verständigungsprozesse, wie sie Formen der direkten Demokratie gewährleisten, die deutsche Eliten meistens ablehnen, weil sie unliebsame Ergebnisse befürchten.

Mit „direkter Demokratie“ können nicht nur Versammlungen, sondern auch Abstimmungen, unmittelbare Formen der Einflussnahme und Meinungsbildung sowie verschiedene Arten von politischer Partizipation in der Zivilgesellschaft und ausserhalb des Parteiwesens bezeichnet werden. Als Kriterium genügt die Übertragung bestimmter Kompetenzen in die Hände der Bürger sowie Rechte der direkten Intervention, etwa gegen Vorlagen der Regierung oder für eigene Vorstösse.¹⁵

Wer nur zu Wahlen gehen darf, aber nicht auch in Sachgeschäften entscheiden kann und dafür Verantwortung übernimmt, hat leicht das Gefühl der politischen Ohnmacht. Ignoranz gegenüber den politischen Geschäften ist auch so zu erklären (Somin 2016). Und wenn dann den Bürgerinnen und Bürgern Urteilskraft erst gar nicht zugetraut wird, weil die Geschäfte angeblich „zu komplex“ sind, verliert auch die demokratische Bildung schnell einmal ihre Geschäftsgrundlage. Sie muss sich mit einer Praxis der Teilhabe verbinden lassen und darf sich nicht in Umfragen erschöpfen.

Aber hat die Schule dafür noch ein Mandat? Es gibt Tendenzen, die daran zweifeln lassen. In den westlichen Ländern wächst nicht zufällig der politisch-ökonomische Druck auf die Bildungsinstitutionen, die offenbar ihr Monopol verloren haben und deren Legitimationsbasis dann schwindet, wenn Alternativen sichtbar werden, die schneller und besser zu sein scheinen. Und warum sollte den Schulen das Schicksal der Musikindustrie (napster), der Hotelbranche (airbnb) oder der Taxiunternehmen (Uber) erspart bleiben?

Daher stellen sich abschliessend zwei wirkliche Herausforderungen:

- Welche Zukunft hat die öffentlichen Bildung, deren zentrale Aufgabe darin besteht, Wissen zu verbreiten und Ignoranz zu verhindern?
- Und wie reagiert ihre Institution, die allgemeinbildende Schule, auf die neue Situation medialer Konkurrenz?

Allgemein lässt sich auf die erste Frage so antworten: Der Aufbau, die Verbreitung und langfristige Sicherung der gesellschaftlichen Bildung mit spezialisierten Institutionen ist

¹⁵ Das Prinzip der politischen Repräsentation wird dadurch ergänzt, nicht in Frage gestellt (Rosenblum 2016).

und bleibt eine Grundbedingung für die moderne Demokratie. Die politische Urteilsfähigkeit verlangt gehaltvolle Bildung, damit Selbstreflexion und Souveränität im Umgang mit Argumenten. Schon deswegen ist das Internet auch nicht einfach ein Demokratiegewinn, wie in der Anfangseuphorie vielfach angenommen wurde.

Meine Prognose sieht so aus:

- Für die Grundlagen der Bildungsqualität wird auch in Zukunft die mehr oder weniger normierende Schulbildung sorgen.
- Projektunterricht auf Dauer¹⁶ genügt nicht, vielmehr muss für einen breiten und langgestreckten Aufbau von dem Wissen und Können gesorgt werden, das nicht einfach im Alltag des Zusammenlebens erworben werden kann.
- Dass Wissen veraltet, ist kein Einwand, es geht um die Grundlagen der Allgemeinbildung, die nur einmal erworben werden können.

Aber das Verhältnis von Schule und Gesellschaft muss auch neu justiert werden, denn die öffentliche Bildung ist nicht gleichzusetzen mit dem, was Schulen bewirken oder bewirken sollen. Die Öffentlichkeit selbst ist ein Lernraum, der sich zusehends erweitert hat und auf schnellen Wandel reagiert. Zu klären ist, was Schulbildung damit zu tun haben kann oder muss.

Die elementaren Standards der Bildung und so eine wichtige Voraussetzung für öffentliche Diskussionen kann nur die allgemeinbildende Schule durchsetzen. Wenn sie dieser Aufgabe nicht nachkommt, gibt es keinen Ersatz. Es geht nicht nur um Unterricht, sondern auch um den sozialen Ort des Lernens und um eine Organisation, die das Lernen ebenso sehr steuert wie garantiert.

Personale Bildung ist konkret ein lebenslanger Prozess (Bruner 1995), der nicht-linear verläuft, mit Gewinnen und Verlusten verbunden ist und Anpassungen an je neue Lernsituationen verlangt. Aber sie verlangt einen geschulten Grund, von dem die weiteren Lernprozesse ihren Ausgang nehmen können. Schulung ist mit persönlicher Betreuung verbunden und setzt didaktische Lernwelten voraus.

Auch in absehbarer Zukunft wird es daher weiterhin Schulen geben, aber die Frage ist *wie*, in welcher Form und so, ob unter „Schule“ eine Grundform mit Varianten oder nur noch Varianten zu verstehen ist. Das führt auf die zweite Frage. Bisher ist im Blick auf die Organisation eine einzige und sehr stabile Grundstruktur massgebend, die curricular, medial oder von den Verfahren her nur wenige Varianten kennt.

- Schulen sind soziale Orte,
- die für eine bestimmte Zeit des Tages persönliche Anwesenheit verlangen,
- Gruppen unterrichten,
- durch die Bearbeitung von Aufgaben Lernprozesse beeinflussen
- und die Leistungen bewerten.

Das kann sich mit den neuen Medien ändern, aber nur unter der Voraussetzung, dass Differenzierung Gewinn mit sich bringt und die Bildungsversorgung erhalten bleibt.

¹⁶ Der deutsche Ingenieur Sebastian Thrun betreibt im Silicon Valley „Udacity“, ein Bildungsunternehmen, das auf dem Projektunterricht beruht. Die Programme dauern sechs Monate und schliessen mit dem „Nanodegree“ ab (Der Spiegel Nr. 36 vom 3.9. 2016, S. 18).

- Darunter sind nicht nur das curriculare Angebot und eine ausreichende Finanzierung zu verstehen,
- sondern auch eine den Aufgaben angemessene Organisation,
- professionelles Personal,
- Massnahmen zur Qualitätssicherung
- und nicht zuletzt eine Bestandsgarantie über die Generationsschwellen hinweg.
- Ein Äquivalent mit gleichen Leistungen und weniger Aufwand ist nicht abzusehen.

In der Öffentlichkeit werden immer wieder Patentlösungen angeboten, etwa, wie ein Schweizer Erfolgsautor dem Beobachter mitteilte, dass jedes Kind nach seinem eigenen Tempo lernen müsse, was dann kombiniert mit den neuen Medien die Zukunft der Schule ausmachen soll. Kronzeugen sind Remo Lago, Christoph Schmitt, Beat Zemp und die unvermeidliche Grundacherschule in Sarnen.¹⁷

Andererseits: Eine auf Dauer gesicherte staatliche Bildungsversorgung ist nicht selbstverständlich. Das Bestreben, Bildungsangebote aller Art zu privatisieren, darunter auch die Grundbildung, ist international nicht zu übersehen (Abrams 2016) und hat durch die neue amerikanische Administration weiteren Auftrieb erhalten.¹⁸ Dabei wird ganz anders argumentiert als im Falle unseres Schweizer Erfolgsautors, nämlich vor allem die schulisch kontrollierte Leistung herausgestellt. Seit dem *No Child Left Behind Act* (2001) gelten in den Vereinigten Staaten nur standardisierte Tests als zuverlässige Beschreibung von Schulleistungen.

Aber wie sollen Bildung und Demokratie zusammenpassen, wenn Bildung allein auf das Leistungsverhalten bezogen wird? Demokratie als Lebensform richtet sich auf die Teilhabe *an* und den Einfluss *auf* die öffentlichen Geschäfte und damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Darauf kann und soll die Schule vorbereiten, auch wenn oder weil die Orte der Demokratieerfahrung vielfältig sein können und müssen.

Der zentrale Referenzpunkt von allgemeiner Bildung sind die demokratische Gesellschaft, ihre öffentlichen Lebensformen und erst in diesem Sinne die Subjekte (Putnam/Putnam 1993). Es geht also nach wie vor um die Bildung künftiger Bürgerinnen und Bürger, die in der Gesellschaft öffentliche Probleme bearbeiten und Verantwortung übernehmen. Insofern kann Bildung nicht auf Beruf und Verwertbarkeit zu reduziert werden, nur dass beides nicht gegeneinander ausgespielt werden darf.

Leistungsmessung ist auch eine ziemlich tückische Grösse. Seit Beginn der PISA-Tests im Jahre 2000 sind amerikanische Schülerinnen und Schüler schlechter Durchschnitt und verbessern sich trotz aller Anstrengungen der Administration nicht. Das ist immer alarmistisch wahrgenommen und dem schlechten System zugeschrieben worden, könnte aber einen einfachen Grund haben. Der PISA-Test lohnt nicht die Anstrengung, weil er im amerikanischen Schulsystem nichts zählt und keine Belohnungen mit sich bringt. Das schlechte Abschneiden wäre so ein Motivationsproblem.¹⁹

¹⁷ Beobachter Nr. 17 vom 18. August 2017, S. 16-25.

¹⁸ Zwanzig Milliarden Dollar Bundesmittel sollen für private Schulunternehmen zur Verfügung gestellt werden (New York Review of Books Vol. LXIII, No. 19, December 8-December 21), S. 58.

¹⁹ The Economist (August 19th-August 25th 2017), S. 29-32. Die Hypothese ist von einer Forschungsgruppe um die Mikroökonomin Sally Sadoff getestet worden.

Für das demokratische Zusammenleben ist kein Test nötig, sondern Common Sense, soziale Sicherheit und eine Lebensform. Zusammenleben muss möglich sein trotz hochgradiger Unterschiede in den Traditionen, im Lebensstil und in den Überzeugungen; diese Philosophie hat der amerikanische Rechtsphilosoph John Inazu (2016) mit „confident pluralism“ bezeichnet.

Unter dieser Voraussetzung muss das Zusammenleben Orte haben, an denen die Erfahrungen abgewogen und reflektiert werden. Eine „modest unity“ (ebd., S. 33) kann es anders kaum geben, sie ist die Folge von Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit (public forums) und basiert auf Kompromissen (ebd., S. 64/65). Darauf müssen die künftigen Bürger vorbereitet werden.

Demokratie verlangt nicht nur Lernfähigkeit, sondern Bildung im Sinne von Verstehensleistungen, die nicht einfach ad hoc erreicht werden können. Das gilt umso mehr, wenn alles zum politischen Thema gemacht werden kann. Hier sind Kenntnisse und Sortierungen notwendig, die nicht allein durch Nutzung des Internets entstehen und die die Nutzer sich nicht einfach selbst besorgen können. Sie verlangen Bearbeitung durch Unterricht, also Aufgaben und Leistungen sowie Rückmeldungen durch Lehrer, soweit jedenfalls wie die allgemeine Bildung reichen soll.

Das in den Medien wohl gelittene Bild des spielerischen Lernens nach eigenen Interessen und individuellem Tempo setzt Lernräume und Lernangebote voraus, die keineswegs selbstgewählt sind. Wer die Idee des Dalton-Plans ernst nimmt und nur noch allgemeine Ziele setzt, das Erreichen und die Ressourcen aber weder an Zeiten noch an Anwesenheit bindet, riskiert den sozialen Ort Schule. Und wer von der Digitalisierung einen Quantensprung des „selbstorganisierten Lernens“ erwartet, unterschätzt die Schüler, die sich anders als vorgesehen verhalten können und bei Gelegenheit auch werden. Der Witz ist, dass damit der Überwachungsaufwand steigt.

Vor allem aber fehlt den reformpädagogischen Visionen der digitalen Individualisierung der politische Bezug, also der Weg vom lernenden Kind zum verantwortlichen Bürger. Lernen in der Schule folgt nicht einfach den Regeln der Selbstverwirklichung, sondern ist gebunden an staatliche Ziele. Variabel sind die Methoden des Unterrichts und damit auch der Einsatz der Medien.

Andererseits: Die Nachhaltigkeit der schulischen Bildung ist eine Frage des anschliessenden Gebrauchs; was von den Lerninhalten länger nicht aktiv verwendet wird, kann vergessen werden und wird auch oft vergessen. Davon zu unterscheiden ist die Gewöhnung an Niveaus der Bildung, also des Lernens, Verstehens und Problemlösens, die nach der Schule auch in anderen Aufgabenfeldern und im Blick auf neue Lernherausforderungen zur Anwendung kommen.

- Die Bürger müssen wie gesagt urteilen und so auch entscheiden, was sie *nicht* als politisches Thema ansehen.
- Ihre Urteile sind bei allen Wahlen und Abstimmungen die ausschlaggebende Instanz
- und eine wichtige Frage ist, wie sich die Interessen der Bürger in schnellen Medien und unter der Voraussetzung kurzzeitiger Alarmierungen artikulieren können, ohne durch Dritte verfälscht zu werden.
- Wer also Antworten auf die Digitalisierung sucht, wird ganz traditionell auf Bildung verwiesen.

Familien, Schulen und Universitäten übernehmen auch öffentliche Aufgaben, die sich nicht auf Erziehung und Berufsausübung beschränken lassen. Ohne das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern wäre eine lebendige Demokratie nicht möglich. Auch zivilgesellschaftliche Engagements setzen Bildung voraus, im Blick auf Fragestellungen ebenso wie bezogen auf Zusammenhänge, die zu gestalten Lernfähigkeit und persönlichen Einsatz verlangen (Bybee 2016).

Die Institutionen der Bildung haben daher nicht nur Qualifizierungsaufgaben, sondern wirken mit einem nicht genau bestimmbareren Mehrwert auch für Öffentlichkeit und Gesellschaft. Dazu dient gerade die Allgemeinbildung, also eine Gesamterfahrung von unterschiedlichen Fächern und Wissensgebieten, die nicht einfach gegebene Interessen bedient und Lernhorizonte schaffen kann, die ohne Schulbildung nicht vorhanden wären.

Dabei gibt es wohl Streueffekte, aber immer auch einen verlässlichen Mittelwert oder ein Minimum an gemeinsamer Bildung. Man stelle sich die Schweiz vor, die unter „Bildung“ nur noch versteht, was jeder im Netz findet und für sich konsumieren kann. Zusammenleben wäre nicht einmal in unmittelbarer Nachbarschaft möglich, sondern nur noch mit gleichgesinnten Usern.

Aber die Drohung mit der Digitalisierung wirkt, die Schule lässt sich als „veraltet“ oder „überholt“ hinstellen und wer Richard David Precht (2013) gelesen hat, weiss, dass die Institution des 19. Jahrhunderts ausgedient hat,²⁰ mit ihr die Ziele der öffentlichen Bildung und der Fokus auf die künftigen Bürger. Was die Digitalisierung des Lernens aber für einen Bildungsmehrwert mit sich bringt, ist völlig unklar.

Eine grosse Herausforderung besteht also darin, den Schalmeienklängen zu widerstehen oder anders gesagt, die Digitalisierung so zu nutzen, dass sie der Schule und mit der öffentlichen Bildung nutzt, auch oder gerade weil sich die Lernformen verändern. Ein Klassenzimmer als didaktisches Callcenter und einen Lerncoach,²¹ das sieht auch der Beobachter, ist jedenfalls nicht erstrebenswert.

Der Massstab für die Adaption neuer Technologien sind lohnende Verbesserungen der historischen Form. In der Schweiz verwenden viele Schulen inzwischen den Gruppen-Chat, um mit den Schülern im Klassenverband zu kommunizieren. Auch das Verwaltungssystem LehrerOffice²² wird fast überall verwendet, weil damit grosse Vorteile für Planung, Prozessbeobachtung und Bewertung verbunden sind. Und Internetrecherche ist Alltag. Aber damit wird die Schule optimiert, nicht abgeschafft.

Was aber die künftige öffentliche Bildung von der Schule des 19. Jahrhunderts unterscheidet, erwächst aus dem Tatbestand, dass der Staat sein Bildungsmonopol wohl ausübt, aber nur noch in Grenzen auch überwachen kann. Die Schulpflicht ist nicht mehr gleichzusetzen mit einer weitreichenden Kontrolle des Lernens, das jederzeit auf andere Medien ausweichen kann.

Im 19. Jahrhundert konnten oder mussten die klassischen Milieus den Lebensverlauf stützen, der nur zu Beginn Ausbildung verlangte. Heute kann oder muss die gesamte Lebensspanne auf Bildungsangebote bezogen werden, auch weil kein Curriculum mehr für

²⁰ Der Beobachter, a.a.O., S. 18.

²¹ Ebd., S. 18.

²² <https://www.lehreroffice.ch/lehreroffice-desktop/beschreibung/>

eine Ausrüstung mit Themen, Interessen oder Einsichten sorgen kann, die lebenslang Bestand hat. Und ein Curriculum über die Lebensspanne kann es nur im Sinne individueller Lernoptionen geben.

Aber nach allen vorliegenden Erfahrungen werden neue Medien der Schule angepasst, nicht umgekehrt die Schule den Medien. Und es ist eher die Frage, ob mit neuen Lerntechnologien die guten oder die weniger guten Seiten der Schule verstärkt werden. Die alte Idee des selbstbestimmten Lernens kann auch mit Scheinfreiheiten realisiert werden, die verdecken, wie stark das Lernen überwacht wird.

Was dann die digitale Revolution sein soll, wäre zu erklären und das nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Funktionen der Schule. Zu nennen sind:

- der Generationenvertrag
- der kulturelle Auftrag
- die soziale Integration
- die Sicherung der Allgemeinbildung
- der Beitrag zum Zusammenleben

In der liberalen Demokratie wird Bildung als öffentliches Gut verstanden, das der Staat mit Hilfe von Lehrplänen definiert. Das ist oft als technokratisch kritisiert worden, was der politischen Funktion von Lehrplänen aber nicht gerecht wird. Es geht nicht lediglich um einen Kanon, mit Lehrplänen soll gesichert werden, dass zwischen den Generationen die einmal erreichten Bildungsniveaus nicht nur nicht verloren gehen, sondern stetig verbessert werden können.

Wie erfolgreich das war, lässt sich etwa an der Alphabetisierungsrate seit dem 18. Jahrhundert zeigen. Ein weiterer Indikator ist die stete Zunahme universitärer Bildung in den vergangenen Jahrzehnten. Auch die Erfüllung der Schulpflicht über Generationen und die gesellschaftliche Akzeptanz des Schulwesens sind dafür aufschlussreich. Es gibt weltweit keine Gesellschaft ohne Schulen und wo der Schulbesuch behindert wird, etwa in Krisengebieten, gilt das zu Recht als Frevel an der nachwachsenden Generation.

Ohne staatliche Verschulung gäbe es keinen Garanten für die Erfüllung des Generationenvertrages, während auf der anderen Seite das soziale Zusammenleben nicht vom Staat vorgegeben werden kann und darf. Staatliche Schulen sind jedoch aufgefordert, dazu beizutragen, weil ohne Wissen und Lernerfahrungen der Zugang zu anderen Kulturen oder Religionen erschwert ist oder gar nicht erst entstehen kann (Parker 2003).

Ausgrenzungen im eigenen Land ohne Bildungschancen befördern Radikalisierungen²³ und daran ändert kein PISA-Test etwas. Für die Gestaltung des Zusammenlebens sind andere Prioritäten als Leistungstests gefragt und die gesellschaftliche Integration verlangt ein politisches Verständnis von Bildung, das wohl Daten nutzt, aber auch mit Heterogenität und unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung umzugehen versteht. Wenn kein Kind zurückbleiben soll, dann fragt sich, wo die rote Linie gezogen wird und wer für die Einhaltung verantwortlich ist.

Schulen werden auch weiterhin Ziele der öffentlichen Bildung verfolgen und dabei die Entwicklung der Demokratie vor Augen haben müssen. Es gibt keine andere Institution, die -

²³ So die Studie von Alain Bertho (2016) über die verlorenen Kinder Frankreichs.

soweit es geht - über qualifizierte langjährige Bildungsgänge und den damit verbundenen Abschlüssen für gesellschaftliche Integration sorgen und so auch die Folgen der Migration bearbeiten kann.

Die öffentliche Schule sorgt für den Eintritt in die Gesellschaft und sie muss dabei die Konflikte der Integration direkt austragen und kann sie nicht hinausschieben. Das gilt für alle Schüler, nicht nur für die schulpflichtigen Kinder von Migranten. Und keine Schulkarriere lässt sich wiederholen. Allein das macht deutlich, wie gross die Verantwortung ist. Kein informelles Lernen wird den Schulabschluss ersetzen können, so wichtig ausserschulische Erfahrungen auch sein mögen. Aber mit ihnen allein lassen sich die Hürden der Gesellschaft nicht überwinden.

Allgemeinbildung kann nicht häppchenweise erworben und mit eigenen Einfällen gestaltet werden. Weil Allgemeinbildung in kontrollierter Form niemand sonst besorgen kann, wird die Bedeutung der öffentlichen Schule und generell der Bildungsinstitutionen in dieser Hinsicht eher zunehmen, was auch dann gilt, wenn sie sich selbst medial stark aufrüsten. Aber wie gesagt, das ist die Herausforderung und nicht schon das Ergebnis.

Literatur

- Abrams, S.E. (2016): Education and the Commercial Mindset. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press 2016.
- Achen, Chr. H./Bartels, L.M. (2016): Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Aubry, C. (2015): Schule zwischen Politik und Ökonomie. Finanzhaushalt und Mitspracherecht in Winterthur, 1789-1869. Zürich: Chronos Verlag.
- Bertho, A. (2016): Les enfants du chaos. Essai sur le temps des martyrs. Paris: Edition La Découverte.
- Brennan, J. (2016): Against Democracy. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Bruner, J. (1995): The Autobiographical Process. In: Current Sociology Vol. 43, No. 2 (September), S. 161-177.
- Bybee, K. J. (2016): How Civility Works. Stanford: Stanford University Press.
- Crouch, C. (2004): Post-Democracy. Cambridge: Polity Press.
- Dewey, J. (1985): The Middle Works 1899-1924, Vol. 9: Democracy and Education 1916. Ed. by J.A. Boydston; intr. by S. Hook. Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- Donath, J.S. (1998): Identity and Deception in the Virtual Community. In: P. Kollock/M. Smith (Eds.): Communities in Cyberspace. London: Routledge, S. 29-59.
- [Geiss, M. \(2014\): Der Pädagogenstaat. Behördenkommunikation und Organisationspraxis in der badischen Unterrichtsverwaltung, 1860-1912. Bielefeld: transcript Verlag.](#)
- Habermas, J. (1962): Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag.
- Hui Kyong Chun, W. (2016): Updating to Remain the Same. Habitual New Media. Cambridge MA: The MIT Press.
- Inazu, J. (2016): Confident Pluralism. Surviving and Thriving Through Deep Difference. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Israel, J. (2013): Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights. Oxford: Oxford University Press.

- Mearsheimer, J. (2011): *Why Leaders Lie: The Truth About Lying in International Politics*. New York: Oxford University Press.
- Parker, W.C. (2003): *Teaching Democracy. Unity and Diversity in Public Life*. New York/London: Teachers College Press.
- Precht, R. D. (2013): *Anna, die Schule und der liebe Gott. Der Verrat des Bildungssystems an unseren Kindern*. München: Goldmann Verlag.
- Putnam, H./Putnam, R. A. (1993): *Education for Democracy*. In: *Educational Theory* Vol. 43, No. 4 (Fall), S. 361-376.
- Rosenblum, N.L. (2016): *Good Neighbors. The Democracy of Everyday Life in America*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Russell Hochschild, A. (2016): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York: The New Press.
- Sides, J./Vavreck, L. (2013): *The Gamble. Choice and Gamble in the 2012 Presidential Election*. Princeton/N.J.: Princeton University Press.
- Somin, I. (2016): *Democracy and Political Ignorance. Why Smaller Government is Smarter*. Second Edition. Stanford, California: Stanford Law Books.
- Thierney, T.F. (2013): *The Public Sphere of Social Media. Connected Cultures of the Network Society*. New York: Routledge.
- Wajcman, J. (2015): *Pressed for Time: The Acceleration of Life in Digital Capitalism*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Wolin, S. (2016): *Fugitive Democracy and other Essays*. Ed. by N. Xenos. Princeton, N.J. (Oxford: Princeton University Press.